

Ressort: Politik

Opposition kritisiert Behörden bei NSU-Aufklärung

Berlin, 12.07.2018, 05:00 Uhr

GDN - Nach den Urteilen im Münchner NSU-Prozess übt die Bundestags-Opposition scharfe Kritik an der Rolle der Behörden und erhebt Forderungen nach weiteren Ermittlungen. "Bundeskanzlerin Merkel hatte den Opfern damals vollständige Aufklärung versprochen. Das Versprechen ist bisher nicht eingelöst", sagte der frühere Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir der "Passauer Neuen Presse" (Donnerstagsausgabe).

Zur Wahrheit gehöre, dass viele Akten durch Schreddern unwiederbringlich vernichtet und eine vollständige Aufarbeitung so behindert wurde. "Die Schuld von Staat und Behörden ist keineswegs aufgearbeitet", sagte Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Linken-Fraktion im Bundestag. Sie kritisierte, dass Akten des hessischen Verfassungsschutzes zum NSU für 120 Jahre gesperrt und erst 2134 freigegeben werden. "Das lässt viele Fragen offen", erklärte die Linken-Politikerin der PNP. "Alle gesperrten Akten müssen unverzüglich freigegeben werden, um wirkliche Aufklärung zu schaffen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-108833/oppposition-kritisiert-behoerden-bei-nsu-aufklaerung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com